

## Die Kritik der Presse.

Berlin, 19. Juli. Die D. A. Z. zweifelt, ob das Demonstrationsverbot ausreichen wird. Nicht die Versammlungen selbst seien ja zumeist bewaffneten Überfällen ausgeführt, sondern sie erfahrungsgemäß stark gefährdet zu werden pflegen, dagegen gebe es auch nach dem Demonstrationsverbot keinen hinreichenden Schutz für den Anmarsch der Versammlungsteilnehmer, und das Uebel werde nicht an der Wurzel ausgebeutet. Es hinterlegt keinem Zweifel, daß kommunistische Gruppen Waffen besitzen und davon auch der Polizei gegenüber Gebrauch machen, die verpflichtet sei, angemessene Umsätze zu schützen. Hier müsse angepaßt werden, und zwar rücksichtslos und sofort. Das Blatt fordert sofortige standrechtliche Maßnahmen gegenüber dem unerlaubten Waffenbesitz. — Die N. A. O. hält die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung nicht für ausreichend. Die Reichsregierung habe die Pflicht, endlich dem Zustand ein Ende zu machen, daß verschiedene Gebiete Preußens das Zentrum der wüsten Hege der antisozialistischen Organisationen gegen die gesamte Rechtsbewegung würden. — Der Lokalanzeiger, der die Schuld für die dauernden Zusammenstöße bei der preussischen Regierung sieht, weil die Zeitung der Polizei nicht die Kraft oder den Willen hat, dem Uebel an die Wurzel zu greifen, bezweifelt, ob es der Reichsregierung gelingen werde, „im Benehmen mit den Länderregierungen“ die Ordnung wieder herzustellen. Es komme darauf an, wer der preussischen Polizei die richtigen Aufträge gibt. — Die Deutsche Tageszeitung erörtert die Notwendigkeit eines Verbotes der kommunistischen Partei. Allerdings sei das Verbot politischer Parteien für eine sehr zweifelhafte Waffe. Aber es sei begreiflich, daß in der Öffentlichkeit in steigendem Maße die Frage erörtert werde, wie anders der kommunistischen Bürgerkriegsfrange der Kopf zertrümmert werden könne. Mit stillen Duldungen oder auch nur mit halben Maßnahmen sei ihr nicht beizukommen, denn allmählich gleiche die Situation wieder den Zuständen nach dem November 1918. Die Regierenden ständen vor dem primitivsten Nachweis ihrer Existenzberechtigung und wenn die Preussische Regierung ihn nicht erbringen wolle oder könne, dann müsse ihn die Reichsregierung liefern. — Die Germania warnt vor dem Spiel mit dem Gedanken an den allgemeinen Aus-

## Der Polizeibericht von Altona.

Die Schuld der Kommunisten amtlich festgestellt.

Altona, 18. Juli. Der (sozialistische) Polizeipräsident gab heute den Vertretern der Presse eine eingehende Darlegung der gestrigen blutigen Vorfälle. Er erklärte, daß die Polizei die Nationalsozialisten gewarnt habe, doch hätten diese Wert darauf gelegt, überall zu demonstrieren und das Verbot zu übertreten. Ordnung und Ruhe bei der Kundgebung zu bewahren. Sobald die Demonstration und der Marschweg der SA bekannt waren, wurden die Polizeibehörden aus dem kommunistischen Lager, vor allem von der Antifaschistischen Aktion, um ein völliges Verbot des SA-Marsches ersucht, da dieser eine „Provokation des roten Altona“ darstelle. Die Polizei habe in Uebereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen ihre Stellungnahme nicht grundsätzlich ändern können, wohl aber Maßnahmen ergreifen, um Zusammenstöße möglichst zu vermeiden. Das Polizeipräsidium ist der Ueberzeugung, daß es sich um einen wohl vorbereiteten Feuerüberfall der Antifaschistischen Aktion auf die Nationalsozialisten bzw. auf die Polizei handelt, der auch erfolgt wäre, wenn der Zug eine andere Richtung genommen hätte. Der Polizeipräsident ist nachts noch gemeinsam mit Innenminister Severing, der zufällig in Altona anwesend war, in den Straßen unterwegs gewesen, in denen die Hauptkampfhandlungen stattgefunden haben. Alle Berechnungen von Beamten und Führern ergaben, daß die Polizei die Feuerdisziplin streng gewahrt hat. An der Tätigkeit von zahlreichen Dazuschülern kann schon nach Art der Verletzungen und der Einschüsse in die Uniformen der Beamten nicht gezweifelt werden, wenn man auch bei den 21 Verhafteten keine Waffen mehr gefunden hat und zur Stunde noch nicht nachweisen kann, ob Dazuschützen festgenommen wurden.

An einer Stelle müssen die Dazuschützen auch eine Maschinengewehrpatrone benutzt haben. Von den 21 Verhafteten gehören sieben, wie bisher feststeht, der RPD bzw. der Antifaschistischen Aktion an. Die Verhafteten sind zumeist Hamberger, die offenbar geschlossen der Parole gefolgt sind, den SA-Zug zu fördern. Da Schüsse auf den Zug bzw. auf Polizeibeamte auch aus Häusern und Straßen gefallen sind, die keineswegs zu einem Wohngebiet gehören, durch das der Zug zu leiten man Bedenken hätte haben müssen, steht für die Polizei fest, daß die Vorfälle überall und auf jeden Fall ereignet hätten. Die Polizei, die voll eingesetzt wurde, mußte noch ein Hamburger Kommando und einen Zug aus Wandsbek heranziehen.

Unter den Toten befinden sich, wie bereits gemeldet, zwei Personen, ein SA-Mann und eine Frau, die der RPD angehören. Drei Tote sind Kommunisten, ein Schwerverletzter, mit dessen Ableben man stündlich rechnet, gehört ebenfalls der RPD an. Ein in der Hofstraßestraße erschossener Mann namens Fagen war Mitglied der SPD. Da die Schußwunden bei dem im Krankenhaus liegenden Verletzten zum Teil sehr groß sind, glaubte man zunächst, daß präparierte Geschosse benutzt worden seien. Doch scheint es sich in allen Fällen um Querschläger zu handeln. Bei vier Verletzten hat man Beinamputationen vornehmen müssen. Die meisten Verletzten sind auf der Straße angefahren worden. Die Polizei ist überzeugt, daß die Zahl der Verletzten, wenn nicht auch der Toten, noch größer ist, als bisher bekannt wurde, da wahrscheinlich von Seiten der Antifaschistischen Aktion Opfer beiseite geschafft worden sind.

## Weitere Todesopfer.

Altona, 18. Juli. Von den Schwerverletzten der gestrigen blutigen Zusammenstöße sind zwei Personen im Laufe des Nachmittags ihren Verletzungen erlegen, zwei Schwerverletzte schweben in Lebensgefahr.

Altona, 19. Juli. Durch den Tod eines weiteren Nationalsozialisten ist die Zahl der Todesopfer der Unruhen am Sonntag auf 15 gestiegen.

Hanau, 18. Juli. Einer der bei den heutigen Unruhen in Langenselbold Schwerverletzten ist gestorben.

Greifswald, 18. Juli. Im Krankenhaus starb ein Nationalsozialist, der bei den gestrigen Zusammenstößen schwere Stichwunden und Schußverletzungen erlitten hatte. Damit erhöht sich die Zahl der Todesopfer auf drei.

Striegau, 18. Juli. In Groß-Rosen kam es heute mittag zwischen Nationalsozialisten und Angehörigen der „Eisernen Front“ zu Zusammenstößen, in deren Verlauf ein Nationalsozialist getötet, drei Nationalsozialisten schwer und sechs leicht verletzt wurden.

nahmenszustand. Wenn die Reichsregierung Deutschland eine verhältnismäßige Ruhe wiedergeben wolle, die sie unter dem Diktat der Nationalsozialisten durch die von ihr erlassenen Maßnahmen gefährdet habe, dann brauche sie nur dafür zu sorgen, daß die Uniformen wieder verschwinden und auch das gefährliche Demonstrationsrecht wieder in dem gebotenen Maße beschränkt werde. Alles andere stelle ein Experiment dar, das die heute bestehenden Gefahren nur noch vergrößern könne. Das Blatt fragt die Reichsregierung, ob sie endlich bereit sei, selbst gegen einen nationalsozialistischen Protest den Weg zu gehen, den ihr die Pflicht vorschreiben sollte. — Der B. r. e. n. t. u. r. i. e. r. sagt, die weitgehende Rücksichtnahme der Reichsregierung auf die Bedürfnisse des Wahlkampfes ist ihr vom Nationalsozialismus schlecht gelohnt worden. Der letzte Augenblick ist gekommen, da diesem Vortausch mit allen Mitteln Einhalt getan werden muß. Die Verordnung, die noch heute herauskommen soll, ist ein erster Schritt, um eine Entwicklung, die schließlich zum offenen Bürgerkrieg führen müßte, aufzuhalten. Das äußerste Mittel behält sich die Regierung allerdings noch vor. — Die B. o. s. s. i. s. c. h. e. fordert außer dem Demonstrationsverbot auch das Uniformverbot. Die drakonischen Strafmaßnahmen gegen Waffenmißbrauch könnten, wenn sie richtig angewandt würden, Nutzen stiften. Sie müßten deshalb unanfechtlich gegen jedermann angewandt werden, ohne Unterschied der Parteistellung. Nur dann könnten sie der verhängnisvollen Entwicklung, die mit der Entfesselung des Uniform- und Demonstrationsterrors eingeleitet wurde, ein Ende setzen. — Der B. e. r. l. T. a. g. e. b. l. bezeichnet das neue Demonstrationsverbot als erste Korrektur der Notverordnung vom 28. Juni und macht der Reichsregierung den Vorwurf, daß sie ihre Geduld bis zur äußersten Grenze angespannt habe. Wäre das Demonstrationsverbot am Sonnabend ergangen, dann wäre die Demonstration in Altona wahrscheinlich unterblieben. Zwölf Menschenleben hätten gerettet werden können. Auch wer grundsätzlich jeder Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten abgeneigt sei, werde in einer so wirren und aufgeregten Zeit der Beschränkung des Rechts auf die Straße nicht widersprechen, wenn die Erfahrung immer wieder lehre, daß die Vollzeitskräfte technisch gerüstet in der Lage seien, den ungeführten Verlauf großer Kundgebungen und ihren Schutz gegen Ueberfälle zu gewährleisten.

Krefeld, 19. Juli. Nach Schluß einer Kundgebung der „Eisernen Front“ wurde ein Stahlhelmann von einem Reichsbannermann durch einen Messerstoich schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus geschafft werden. Der Täter wurde festgenommen.

Speyer, 18. Juli. Als SA-Leute aus Altona in vergangener Nacht durch die Stadt fuhren, wurden sie von Kommunisten beschossen. Dabei wurden zwei SA-Leute schwer verletzt. Ein Schupoeamter erhielt einen Steckschuß in den Arm.

Augsburg, 18. Juli. Zu einem blutigen Zusammenstoß kam es in Wertingen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Der NSDAP-Abgeordnete Aiger erhielt einen gefährlichen Stich in den Unterleib.

Stetten, 18. Juli. SA-Leute wurden auf dem Wege zu einer Kundgebung von Kommunisten, die ihre Anhänger aus der ganzen Umgebung zusammengezogen hatten, mit Revolvergeschüssen, Stichen und Schlagwaffen empfangen. Zwölf SA-Leute wurden verletzt, darunter mehrere schwer.

Hanau, 18. Juli. In Langenselbold wurden heute die beiden Frauen beerdigt, die bei den Erwerbslosenunruhen am Freitag erschossen worden waren. In der Beerdigung nahmen etwa 5000 Personen teil. Auf dem Rückweg bewarfen mehrere Teilnehmer das Haus eines Landjägers mit Steinen. Der Landjäger sah sich schließlich gezwungen, sich der Angreifer mit seinem Revolver zu erwehren. Er verletzte einen Arbeiter tödlich, drei Personen schwer und mehrere leicht.

## Sprengstoff beschlagnahmt.

Berlin, 18. Juli. In einer Wohnlaube bei Bernau beschlagnahmte die Polizei sechs Pfund Ammonit. Unterhalb Pfund waren bereits für Sprengungen vorbereitet, mit Zündschnur und Sprengkapseln versehen. Der Sohn des Wohnlaubebesizers wurde verhaftet.

## Hillers Meerchau in Königsberg.

Königsberg, 18. Juli. Den Abschluß der Ostpreukenteife Adolf Hillers bildete ein Aufmarsch der gesamten ostpreussischen SA in Königsberg. Ueber zwei Stunden dauerte der Vorbemarsch an Hiller. Auf dem Walter-Simon-Platz hatte sich eine riesige Menge eingefunden. Hiller sprach über das nationalsozialistische Programm. Sein Ziel sei die Befestigung der anderen Parteien. Nicht nur etwa über die sechs Wochen der Regierung Papen, sondern über die ganzen letzten dreizehn Jahre müsse jetzt Redenshaft abgelegt werden. Das deutsche Volk müsse von dem Bruckenkampf erlöst werden. Wenn man gegen die Nationalsozialisten einwende, sie könnten nicht die Interessen aller wahrnehmen, so sei zu sagen, daß man das nicht nur könne, sondern sogar müsse, denn alle deutschen Menschen seien heute von einander abhängig. Nicht das Glück, sondern die Not habe die Menschen stets zusammengetrieben.

Berlin, 18. Juli. Gerüchte, daß Adolf Hitler sich nach Neudorf zum Reichspräsidenten begeben werde, entsprechen nicht den Tatsachen. Hitler begibt sich morgen zu einer nationalsozialistischen Kundgebung nach Schneidemühl. Die nächste Etappe wird dann Kottbus sein.

## Nat.-soz. Protest beim Reichsinnenminister

Berlin, 18. Juli. Der Leiter der Rechtsabteilung des Bundes Berlin der NSDAP, Haeger, hat an den Reichsinnenminister ein Telegramm gesandt, in dem darauf hingewiesen wird, daß an den Titfassäulen Berlins sich Plakate der Kommunisten befinden mit der Ueberschrift: „Noten Berlin erhebe dich gegen die braune Pest“. Das Plakat beschuldigt sich mit der Schieberei in Siemensstadt und spreche von den „feigen Nazimördern“, obwohl die näheren Umstände dieses Zusammenstoßes gerichtlich noch nicht geklärt seien. Im Plakat heiße es weiter: „Schluß mit dem braunen Terror! Räumt auf mit der braunen Fäulnispest! Fort mit ihnen aus dem Betriebe!“ Schafft überall Massenselbstschußformationen! Das Telegramm Hoegeris führt Beschwerde darüber, daß die preussische Polizei den öffentlichen Anschlag dieser Plakate dulde, in denen unverhüllt zu Wort und zu Gewalttätigkeiten gegen die Nationalsozialisten aufgeführt werde. Namens seiner Partei erhebe er Protest gegen die faulige Haltung der preussischen Polizeibehörden und verlange das Eingreifen der Reichsregierung zum Schutze der bedrohten Bevölkerung.

## „Das Jahrhundert der Masse.“

Berlin, 18. Juli. Im Rundfunk sprach heute abend der Berliner Gauleiter der NSDAP, Dr. Goebbels, über das Thema: „Der Nationalcharakter als Grundlage der Nationalkultur“. Das 20. Jahrhundert, so führte er aus, sei das Jahrhundert der Masse, und nur eine Politik, die es verstehe, Masse in Bewegung zu bringen und zu organisieren, werde in diesem Jahrhundert auf die Dauer erfolgreich sein können. Doch müsse die Masse geformt und ihr Willen dem Willen des führenden politischen Kopfes dienbar gemacht werden. Der Nationalsozialismus habe nicht den Zweck, sich den gegnerischen Parteien und Systemen verständiglich zu machen. Verstehen brauche ihn nur das Volk. Deshalb sprächen die Nationalsozialisten in der Sprache des Volkes mit dem Ziele, eine wahre Politisierung der breiten Massen durchzuführen. Der demokratische Parlamentarismus sei charakterlos, weil er auf dem politischen Kompromiß beruhe, während der Charakter jedem Kompromiß abhold sei. Ein Volk besitze Nationalcharakter, wenn es von einem einheitlichen und unerschütterlichen nationalen Willen besetzt sei und diesen Willen kompromißlos und einschränkungslos in der Welt durchzusetzen versuche. Auf dem Boden des deutschen Nationalcharakters, der Treue, Fleiß, Betriebsamkeit, Klugheit, Mut, Idealismus und Uneigennützigkeit bedeute, sei die deutsche Nationalkultur erblickt. Aber in die Bezirke deutscher Politik sei der kleine und berechnende Geschäftsvorstand eingezogen, die staatspolitische Idee eines völligen Selbstbehauptungswillens sei überwuchert worden von rechnerischem Verstande. Die liberale Idee von der sogenannten Freiheit der Menschen habe den Volkscharakter zerstückt und aufgerieben. Das Zeitalter des Internationalismus neige sich seinem Ende zu. Der Nationalsozialismus habe erreicht, daß mit der Durchsetzung seiner neuen Volksidee auch ein neuer Volkswille und ein neuer Volkscharakter entstanden sei. Der Nationalsozialismus habe längst die Fesseln der parlamentarisch-taktischen Gebundenheit gesprengt. Er sei zur Bewegung geworden und wolle seinen Charakter zum Nationalcharakter des deutschen Volkes machen.

## Der Reichswahlvorschlag der NSDAP.

München, 19. Juli. An erster Stelle des Reichswahlvorschlages der NSDAP stehen: Reg.-Rat Dr. Wilhelm Frick, München, Apotheker Gregor Straßer, München, Schriftsteller Josef Goebbels, Berlin, Generalleutnant a. D. Ritter von Epp, München, Hauptmann a. D. Goering, Berlin, Dipl.-Ing. Gottfried Feder, Würzburg, Handlungsgehilfe Franz Stöhr, Berlin-Steglitz, Hauptschriftleiter Alfred Rosenberg, München, Schriftsteller Graf Ernst zu Reventlow, Potsdam, Oberst a. D. Konstantin Hierl, München, Major a. D. Walter Buch, Soltau, Staatsminister Friedrich Rögges, Braunschweig und Pfarrer a. D. Ludwig Mählmeier, Düsseldorf.

## Mecklenburg räumt auf.

Schwerin, 18. Juli. Der nationalsoz. Unterrichtsminister Dr. Scharf hat dem sog. Regierungsrat Rudolf Puls mitgeteilt, daß die neue Regierung auf seine weitere Beschäftigung zu verzichten beabsichtige. Puls dürfte in den einseitigen Ruhestand versetzt werden.

Braunschweig, 18. Juli. Der nationalsoz. Innenminister Rögges hat den sog. „Volksfreund“ nebst drei Kopfschältern auf die Dauer von drei Wochen verboten. Das Blatt hatte gegen die Maßnahmen des Ministers scharf polemisiert.

Coburg, 19. Juli. Der nationalsoz. Stadtrat hat wegen der Entziehung der Polizeigewalt der Stadt Coburg und der Uebertragung auf den Staatskommissar eine Entschädigung an den bayerischen Innenminister gerichtet, in der um Aufhebung der Maßnahme ersucht wird.

## „Das Uebel heißt Preußen.“

Hugenberg fordert den Reichskommissar.

Eiegen, 18. Juli. In einer öffentlichen Kundgebung der Deutschnationalen Volkspartei hat Dr. Hugenberg heute abend u. a. ausgeführt: Die Regierung Papen beruht zu Stunde die Maßnahmen, die sie zur Unterdrückung der bedrohlich anwachsenden Unruhen ergreifen soll. In dieser Stunde möchte ich sagen: Alles hängt davon ab, daß die Regierung sich Autorität verschafft. Sie darf nicht weiter zögern. Sie muß das Uebel an der Wurzel packen. Das Uebel heißt Preußen. In keinem anderen Lande sind Unruhen nennenswerter Art vorgekommen. Nur in Preußen folgt ein Ueberfall, ein Mord dem anderen. Der Grund dafür ist ausschließlich darin zu suchen, daß die schwarzrote Koalition in Preußen die Polizei nicht gegen die Unruhestifter von links einsetzt. Wir müssen in dieser Stunde von der Reichsregierung erwarten, daß sie dem marxistischen Spuk in Preußen sofort ein Ende macht, indem sie einen tatkräftigen und die Verhältnisse in Preußen beherrschenden Reichskommissar einsetzt, der mit den nötigen Vollmachten ausgestattet ist. Wir Deutschnationalen tragen für die Regierung Papen keine Verantwortung, aber wir waren und sind bereit, sie in allem zu unterstützen, was sie zur Ueberwindung der bisherigen unbilligen Zustände tut. Verlagt sie jetzt, so läßt sie schwerste Verantwortung auf sich. Wir können einer Regierung, die den Augenblick des Handelns verpaßt, keine Gefolgschaft leisten.

## Der Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst.

Berlin, 18. Juli. Der Reichsanwalt hat den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Stryp, zum Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannt.

Berlin, 18. Juli. Die Universität wurde heute wieder geöffnet. Der Lehrbetrieb konnte überall durchgeführt werden. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Die Ueberwachung des Ehrenmals, an dem noch die Kränze von der Langemarck-Feier liegen, haben sechs Beamte der Universität übernommen.

Berlin, 18. Juli. Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, hat eine Verordnung erlassen, nach der der Ausmaßungsgrad für Roggen mehr von 70 Prozent nur noch bis zum 31. Juli 1932 gilt.

Berlin, 18. Juli. Die Schlichtungsverhandlungen in der Schuindustrie haben zu dem Ergebnis geführt, daß die festsitzende Lohnregelung mit rückwirkender Geltung ab 1. Juli wieder in Kraft gesetzt wird.